

# Überfälliger Paradigmenwechsel

Politiker entdecken Gesundheitswirtschaft als Markt der Zukunft

*Für die meisten Politiker war das Gesundheitswesen bislang in erster Linie ein Kostenfaktor. Allmählich scheint jedoch ein Umdenken einzusetzen. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler spricht sogar von einem „Paradigmenwechsel“.*

Auf dem „Zukunftskongress Gesundheitswirtschaft“ Ende April in Berlin erklärte der FDP-Politiker, die Gesundheitswirtschaft sei mit rund 4,6 Millionen Beschäftigten und mehr als 260 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr einer der wichtigsten Wachstumsfaktoren im Land. Das Gesundheitswesen habe enorme Bedeutung für die Volkswirtschaft: „Die Gesundheitswirtschaft wird weiter wachsen und als Jobmotor noch wichtiger.“ Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums werden im Jahr 2030 mehr als 20 Prozent der Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt sein. Zum Vergleich: In einem der wichtigsten deutschen Wirtschaftszweige, der Automobilindustrie, sind derzeit inklusive Zulieferern „nur“ 1,1 Millionen Menschen beschäftigt, also 3,5 Millionen weniger als in der Gesundheitswirtschaft. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm sich trotz Griechenland-Krise Zeit für den „Zukunftskongress“. Sie habe die Absicht, alle Bereiche zu stärken, in denen Wachstum möglich sei „und dazu gehört natürlich auch die Gesundheitswirtschaft“, erklärte sie.

## **Kein Anlass für Euphorie**

Die von Rösler und Merkel angeführten Zahlen und damit das im Gesundheitswesen steckende Wachstumspotenzial sind altbekannt. Neu ist lediglich die positive Beurteilung durch zwei führende Politiker. Sie sehen die Gesundheitsausgaben offensichtlich nicht mehr in erster Linie als Belastung für die öffentlichen Haushalte, sondern als Treibstoff für einen der wichtigsten Beschäftigungsmotoren in Deutschland.

„Die Aussagen von Rösler und Merkel deuten tatsächlich auf einen Paradigmenwechsel hin“, meint Dr. Janusz Rat, Vorsitzender des Vorstandes der KZVB. Gleichzeitig warnt er vor Euphorie: „Wir müssen abwarten, ob die Bundesregierung den Gesinungswandel auch in praktische Politik umsetzt.“



Foto: philipp-roesler.de

Verspricht einen „Paradigmenwechsel“: Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler

Möglichkeiten dafür gibt es mehr als genug: Eine Reform der GOZ ist längst überfällig, das Gesundheitswesen muss entbürokratisiert werden und die Budgetierung zahnärztlicher Leistungen gehört eher heute als morgen abgeschafft. Das sind nur drei der notwendigen Reformprojekte. Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

„Nur wenn jetzt die Weichen richtig gestellt werden, kann das Gesundheitswesen die gewünschte Dynamik entwickeln“, erklärt KZVB-Chef Rat. Eine Aussage von Minister Rösler während des Zukunftskongresses lässt hoffen, dass dieser den Handlungsbedarf erkannt hat: „Wie sehr die Gesundheitswirtschaft wächst und welche Chancen sie für Unternehmen und Beschäftigte, für Mittelstand, Freiberufler und Selbstständige bietet, hängt auch von den schrittweisen Veränderungen ab, die die Politik auf den Weg bringt.“ Als wichtige Maßnahmen nannte Rösler in diesem Zusammenhang die Förderung der Forschung sowie den Abbau von bürokratischen Hürden.

## **Kernbereich stärken**

Was die Worte des Ministers und der Kanzlerin wert sind, bleibt abzuwarten. Vor allem, da sie zu

einer Zeit gefallen sind, als Schwarz-Gelb noch eine Mehrheit im Bundesrat hatte – der Zukunftskongress fand wenige Tage vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen statt. „Die Aussichten auf eine Reform im Sinne der Zahnärzteschaft sind durch das Wahlergebnis leider nicht besser geworden“, gibt der stellvertretende KZVB-Vorsitzende Dr. Martin Reißig zu Bedenken. „Doch wir können die Bundesregierung wegen einer verlorenen Wahl nicht aus der Verantwortung entlassen – es ist höchste Zeit zu handeln.“ Reißig fordert die Politik auf, sich dabei auf den Kernbereich des deutschen Gesundheitswesens, die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), zu konzentrieren. Der sogenannte zweite Gesundheitsmarkt, der unter anderem individuelle Gesundheitsleistungen, Fitness und Wellness umfasst, werde zwar immer wichtiger, aber nach wie vor ist die GKV der mit großem Abstand wichtigste Teil der Gesundheitswirtschaft. Rund 70 Prozent aller Ausgaben werden von ihr getragen. Der Anteil der Zahnmedizin ist aber jahrelang gesunken und stagniert nun seit längerem. Laut Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung sind die Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen zwischen 1981 und 2007 inflationsbereinigt um 57 Prozent gestiegen, die Verwaltungskosten der Kassen sogar um 91 Prozent; die Ausgaben für zahnärztliche Behandlungen sind im gleichen Zeitraum um 28 Prozent gesunken. Ein wesentlicher Grund für diese Diskrepanz ist die Anbindung der zahnärztlichen Honorare an die sogenannte Grundlohnsumme, die in keinstrenger Weise die tatsächliche Preisentwicklung berücksichtigt. „Eine starre Budgetierung durch Anbindung an die Grundlohnsummenentwicklung ist leistungsfeindlich und mit einer bedarfsgerechten Patientenversorgung nicht vereinbar“, stellt Reißig klar. Im Koalitionsvertrag heißt es hierzu: „Auch bei der vertragszahnärztlichen Vergütung hat sich die Ausgabensteuerung über die Anbindung an die Grundlohnsummenentwicklung überholt. Insgesamt müssen neue Regelungen gefun-

den werden.“ Es wird Zeit, dass dieses Versprechen eingelöst wird.

Eine weitere Baustelle ist die private Krankenversicherung, die rund zehn Prozent der Gesundheitsausgaben im deutschen Gesundheitswesen bestreitet. Hier ist die Reform der GOZ die drängendste Aufgabe. Auch hier müssen sich Merkel und Rösler an ihren Worten messen lassen. „Denn nur mit einer leistungsgerechten Vergütung, die den technischen Fortschritt und die allgemeine Preisentwicklung widerspiegelt, können wir das hohe Niveau der zahnärztlichen Versorgung in Deutschland aufrechterhalten“, betont Reißig.

### **Krisensicher und „Made in Germany“**

Eine Reihe weiterer Gründe spricht für eine Erhöhung der Gesundheitsausgaben. Die Men-

schsen werden immer älter und haben höhere Erwartungen an die Lebensqualität. Außerdem ist die Gesundheitswirtschaft weitgehend krisensicher. Die meisten Arbeitsplätze im Gesundheitswesen können nicht ins Ausland ausgelagert werden. Das Gesundheitswesen wirkt sich in Krisenzeiten also stabilisierend auf die gesamte Volkswirtschaft aus. Anders als bei anderen finanzpolitischen Aktivi-

täten der Bundesregierung kommen die Investitionen in die Gesundheit direkt den Menschen in Deutschland zugute.

Fazit: Um der hohen Bedeutung der Gesundheitswirtschaft gerecht zu werden, braucht es eine Politik, die der wachsenden Bedeutung der Gesundheitswirtschaft angemessen ist. Die Kräfte in der Gesundheitswirtschaft müssen gestärkt werden. Staatswirtschaftliche Instrumente wie die Anbindung der Honorare an die Grundlohnsummensteigerung gehören schleunigst abgeschafft. Solange dies noch nicht geschehen ist, sind Röslers und Merkels Aussagen schöne Worte, denen endlich Taten folgen müssen.

Tobias Horner



Foto: gorce-istestli - Fotolia.com

Beschäftigungsmotor:  
Jeder zehnte Deutsche arbeitet im Gesundheitswesen.